



Beschluss

TOP I.1

Abschlussbericht der Arbeitsgruppe „Errichtung einer einheitlichen öffentlich-rechtlichen Fachgerichtsbarkeit“

Berichterstattung: Baden-Württemberg

1. Die Justizministerinnen und Justizminister nehmen den Abschlussbericht der Arbeitsgruppe „Errichtung einer einheitlichen öffentlich-rechtlichen Fachgerichtsbarkeit“ zur Kenntnis.
2. Sie sprechen sich für die Schaffung einer bundesrechtlichen Länderöffnungsklausel aus, die es den Ländern ermöglichen soll, Fachgerichtsbarkeiten zusammen zu legen.
3. Die Justizministerinnen und Justizminister halten hierfür eine Änderung des Grundgesetzes (Artikel 95 und 108) auf der Grundlage des in Anlage 1 des Abschlussberichts befindlichen Formulierungsvorschlags für geboten.

Die für eine Zusammenlegung der Fachgerichtsbarkeiten erforderliche Änderung der Gerichtsverfassung soll auf die von der Arbeitsgruppe vorgeschlagenen Regelungen, insbesondere der Bildung und übergangsweisen Besetzung der Präsidien und der Dienstaufsicht, beschränkt werden.